



Pflegestrukturplanung

Rhein-Pfalz-Kreis

Perspektiven für die Zukunft

Kurzbericht



November 2012
(aktualisierte Fassung)

Thomas Pfundstein
Pablo Rischard

Pflegestrukturplanung

Rhein-Pfalz-Kreis

Perspektiven für die Zukunft

Kurzbericht

GeroS Steinbeis-Transferzentrum
Gerontologie, Gesundheit
& Soziales

Beratung | Planung | Forschung

Steinbeis-Transferzentrum für
Gerontologie, Gesundheit & Soziales
Bugginger Straße 38
79114 Freiburg im Breisgau

November 2012
(aktualisierte Fassung)

Inhalt

1	Zusammenfassung der Ergebnisse	4
2	Demografische Entwicklung im Rhein-Pfalz-Kreis	6
1.1.	Prognose: künftige Entwicklungen des Pflegebedarfs	8
3	Situation der Pflege im Rhein-Pfalz-Kreis	10
3.1	Struktur der stationären Einrichtungen	11
3.2	Teilstationäre Angebote (Tagespflege).....	14
3.3	Struktur der ambulanten Pflege.....	15
3.4	Betreutes Wohnen.....	15
3.5	Angebote des Bürgerschaftlichen Engagements	16
4	Der kommunalpolitische Workshop	19
5	Handlungsempfehlungen.....	20

1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Herausforderungen des demografischen und strukturellen Wandels der Gesellschaft stellt die Kommunen vor neue Aufgaben. So wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Die besonders signifikante Zunahme der Hochaltrigen wird sich auch auf die Struktur der Pflegebedarfe auswirken. Bedarfe der Begleitung, Betreuung und Sicherheit im Alltag werden angesichts der deutlichen Zunahme von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (Demenz) zunehmen. Die Bedingungen für die familiäre, häusliche Pflege werden sich ungünstig hinsichtlich der Unterstützung durch Kinder und Schwiegerkinder entwickeln. Die Leistungen der Pflegeversicherung werden auch künftig einen wichtigen Beitrag zur Gesamtversorgung leisten. Dieser Beitrag wird aber auch in Zukunft nicht den Gesamtbedarf der Pflege decken können. Das System der Pflegerisikoabsicherung bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich in der Qualität der Infrastruktur vor Ort messen lässt. Der Trend weist darauf hin, dass die Bedeutung der gemischten ambulanten Pflegearrangements (familiäre und professionelle Hilfen) zunehmen wird. Ein konsequenter Ausbau der ambulanten Hilfen und der hauswirtschaftlichen Unterstützung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit können dazu beitragen, den Anteil der stationären Pflege an der Gesamtversorgung zu begrenzen. Die Kommunen und Landkreise sollten dabei vor allem die Struktur der ambulanten Unterstützung fördern und ausbauen, da ein deutlich höherer Anteil der stationären Versorgung in Heimen von der Bevölkerung weder gewünscht noch ökonomisch wie fiskalisch anzustreben ist. Eine zukunftssichernde Infrastruktur der Pflege und Teilhabe baut auf die Leistungen der Pflegeversicherung und ihrer Dienstleister und ergänzt diese Leistungen um kommunale Angebote des „neuen“ Wohnens, der niederschweligen, hauswirtschaftlichen Leistungen, der Selbst- und Nachbarschaftshilfe und des bürgerschaftlichen Engagements.

Die Analyse der bisherigen Bedingungen im Rhein-Pfalz-Kreis zeigte folgende Ergebnisse:

- Auf Grund des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln.
- Am Stichtag; dem 15.12.2009, bezogen ca. 3.860 Personen Leistungen der Pflegeversicherung.
- Mit dem Pflegemonitoring konnten erstmals die Pflegebedürftigen ihrem Wohnort bzw. bisherigen Wohnort zugeordnet werden.
- Angesichts der deutlichen Kapazitätserweiterungen der Heimplätze wird angeraten das Pflegemonitoring erneut durchzuführen und wenn möglich mit den Städten des Umlandes zu koordinieren.
- Ambulante Sach- und Kombileistungen werden häufig (31 Prozent) in Anspruch genommen.
- Von den ca. 1.000 Pflegebedürftigen, die in Heimen im Kreisgebiet versorgt wurden, hatten 476 Pflegebedürftige (54 Prozent) ihren Wohnort vor Heimübersiedlung im Kreisgebiet.

- Es bestehen deutliche Verflechtungen bei der Heimplatzwahl mit den Städten Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer.
- Auf Basis der Prävalenzquoten bieten die Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer deutlich mehr Pflegeheimplätze als für die Stadtbevölkerung erforderlich wäre. Die Städte übernehmen damit eine Versorgungsfunktion für die Umlandgemeinden.
- Bis Ende 2011 sind mit den beiden neuen Einrichtungen in Lambsheim und Waldsee weitere 150 Pflegeplätze entstanden. Der Neubau in Kleinniedesheim wird die Platzzahl um weitere 18 Plätze erweitern und weitere Planungen z.B. in Dannstadt-Schauernheim sind in der Vorplanungsphase. Mit den neuen Pflegeplätzen wird auch im Kreis ein Überangebot an Heimplätzen bestehen.
- In Maxdorf, Limburgerhof und Böhl-Iggelheim werden drei Tagespflegeeinrichtungen mit jeweils 15 Plätzen betrieben. Zusammen mit den Angeboten in den Städten Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und Worms verfügt die Region über ein vergleichsweise gutes Angebot an Tagespflegeplätzen.
- Die ökumenischen Sozialstationen versorgen ca. 90 Prozent der ambulant betreuten Pflegebedürftigen.
- Niedrigschwellige hauswirtschaftliche Leistungen werden von den ambulanten Pflegediensten nur wenig angeboten. Hier sollte ein Ausbau erfolgen.
- Die Nachbarschaftshilfe wird bisher weitgehend ehrenamtlich erbracht. Die Nachfrage vor allem nach regelhaften verlässlichen Leistungen bringt die ehrenamtliche Hilfe an ihre Grenzen. Die Helferinnen und Helfer der ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfen kommen meist ebenfalls aus dem Bereich der Senioren.
- Bisher bietet lediglich eine Sozialstation stundenweise Betreuung für Menschen mit Demenz. Die Möglichkeiten des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes werden nicht ausgeschöpft.

2 Demografische Entwicklung im Rhein-Pfalz-Kreis

Ende 2009 lebten 148.475 Bürgerinnen und Bürger mit Erstwohnsitz im Rhein-Pfalz-Kreis (vgl. rlpdirekt.de). Die Bevölkerung des Kreises hat sich damit in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Deutlich gestiegen ist hingegen der Bevölkerungsanteil der Senioren (65 Jahre und älter).

Aus bevölkerungspolitischer Sicht erfreulich ist der geringe Rückgang der Gruppe der Kinder und Jugendlichen in den letzten Jahren. Der Anteil der jungen Bevölkerung (0 bis 20 Jahre) ist lediglich um 2,4 Prozent zurückgegangen.

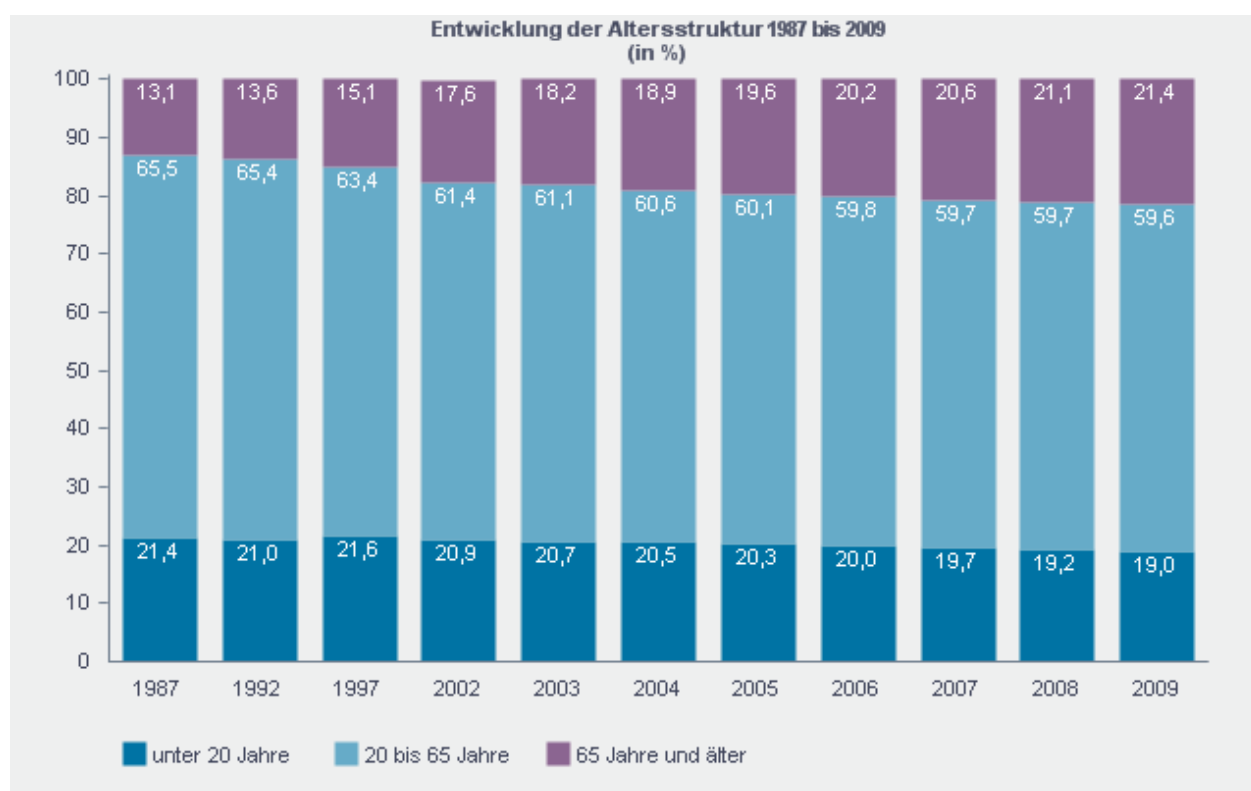


Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur der letzten Jahre (Quelle: Statist. Landesamt 2009)

Der Trend zur Alterung der Bevölkerung wird auch in Zukunft anhalten. Auf Grund der niedrigen Geburtenraten und der Sterbeüberschüsse wird die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen. Die verschiedenen Varianten der 11. Bevölkerungsvorausberechnung prognostizieren bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang zwischen 10 und 22 Prozent. In der mittleren Variante¹ werden dann vermutlich noch 125.000 Menschen im Rhein-Pfalz-Kreis leben.

¹ In der mittleren Variante wird von einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 5.000 Personen bis 2050 ausgegangen.

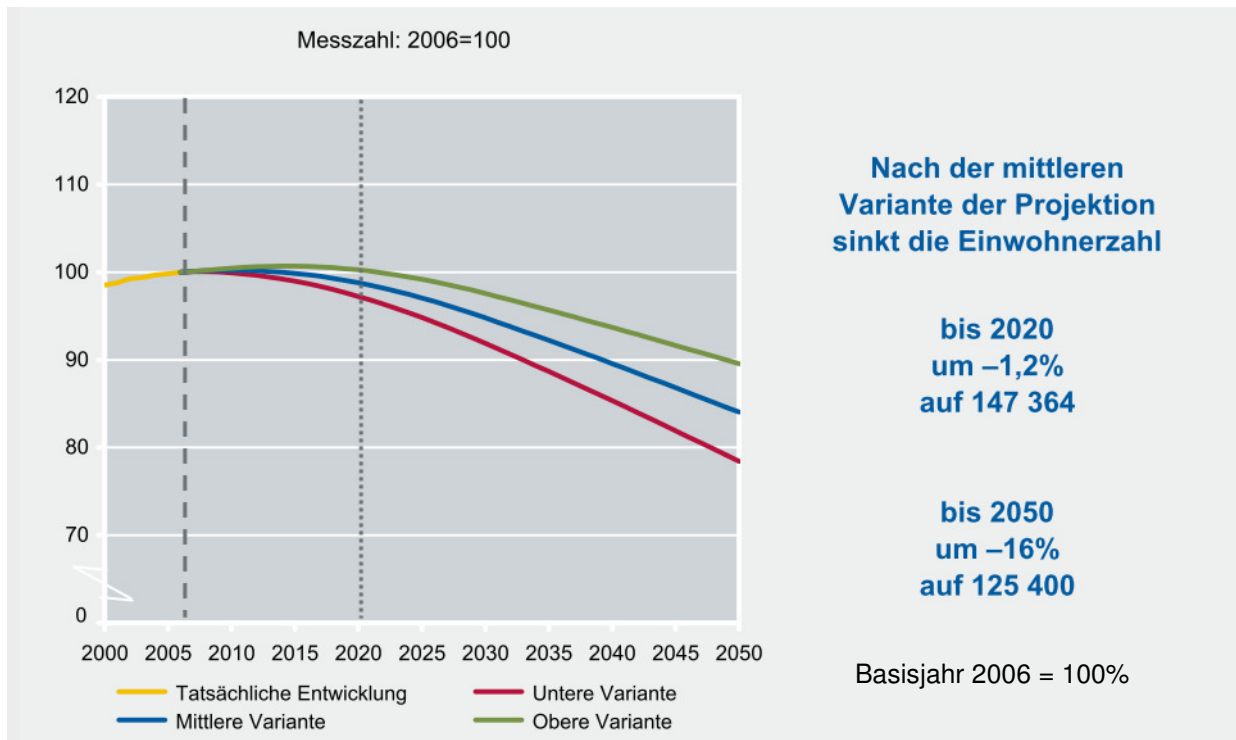


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Pfalz-Kreis (Quelle: Statist. Landesamt 2007)

Abhängig sind diese Varianten der Bevölkerungsentwicklung hauptsächlich von den angenommenen Wanderungssalden, das heißt von den Prognosen der Zu- und Wegzüge. Mit deutlichen Zuzügen, die die geringen Geburtenraten zumindest teilweise ausgleichen könnten, wird nicht gerechnet.

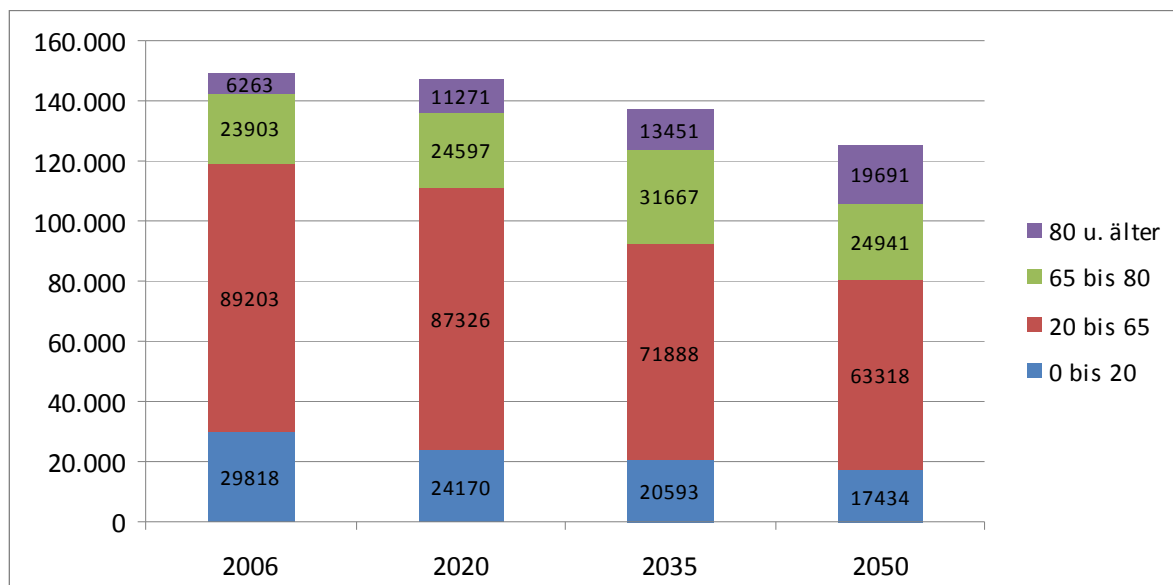


Abbildung 3: Veränderung der Alterskohorten im Rhein-Pfalz-Kreis (Quelle: Statist. Landesamt 2007)

Die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge verändert das Verhältnis der Alterskohorten. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen und vor allem die Gruppe der Berufstätigen (20 - 65 Jahre) wird in den nächsten Jahren deutlich abnehmen, während der Anteil der Älteren zahlenmäßig wie prozentual zunehmen wird. Die Alterskohorten der 65-80-Jährigen wachsen bis 2030 deutlich an, während die 80-jährigen und Älteren etwa 2050 ihren zahlenmäßig höchsten Stand erreichen werden. Für das Jahr 2050 prognostiziert das

Statistische Landesamt den Anteil der 65-jährigen und Älteren auf ca. 35 Prozent der Gesamtbevölkerung. Noch deutlicher verändert sich Anteil der Hochaltrigen (80-Jahre und älter). Er wird von ca. 6.300 Personen (2006) auf dann annähernd 20.000 Personen anwachsen und sich somit verdreifachen. Da der Hilfe- und Pflegebedarf und das Risiko einer demenziellen Erkrankung sehr stark mit dem hohen Alter korrelieren, wird der Bedarf an unterstützenden und pflegerischen Leistungen ebenfalls deutlich wachsen. Auf Grund des sich ungünstig verändernden Generationsverhältnisses, dem strukturellen Wandel der Familienstrukturen und der wohl auch weiterhin zunehmenden Zahl der Ein-Personen-Haushalte, ist nicht zu erwarten, dass dieser wachsende Bedarf von den Familienangehörigen getragen werden kann. Zu erwarten ist eine steigende Zahl von Pflegebedürftigen ohne Angehörige und Partner im nahen Umfeld und eine steigende Belastung der wenigen Angehörigen, dort wo die Familienpflege strukturell noch möglich ist, während Pflegearrangements mit Versorgungsbeiträgen mehrerer Kinder eher abnehmen werden. Das Leben mit Hilfebedarf in der gewohnten Umgebung und der eigenen Wohnung wird zunehmend von der Qualität der Nahversorgung sowie der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit externer hauswirtschaftlicher und pflegerischer Leistungen abhängen.

1.1. Prognose: künftige Entwicklungen des Pflegebedarfs

Das statistische Landesamt hat Szenarien der künftigen Entwicklung der Pflegebedürftigen (Statistisches Landesamt 2010) erstellt. Danach wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 im Rhein-Pfalz-Kreis mehr als verdoppeln (Abb. 4).

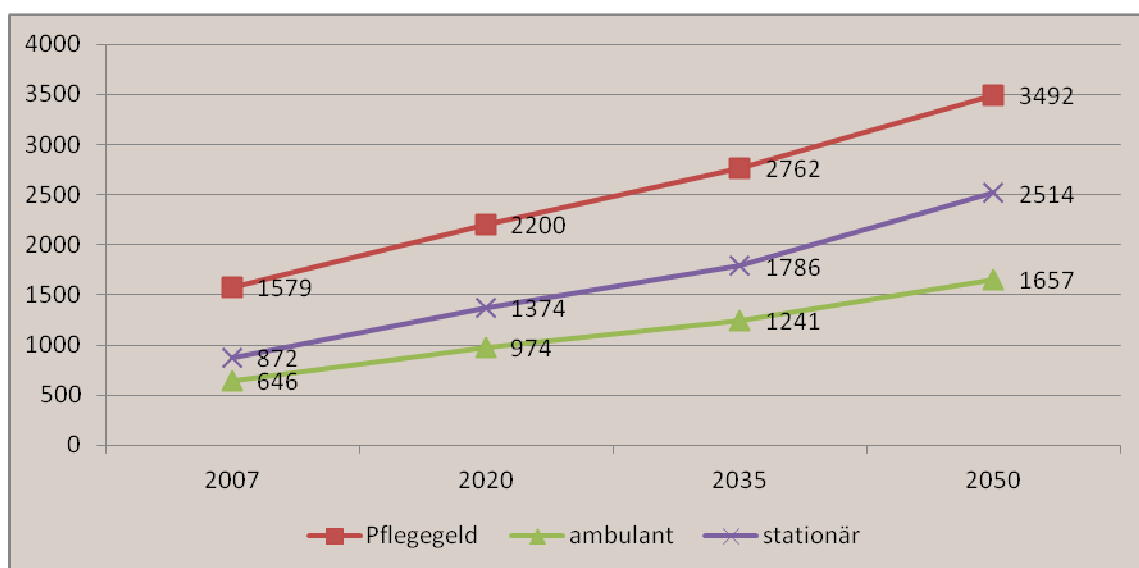


Abbildung 4: Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen (Stat. Landesamt, mittlere Variante, eigene Berechnungen)

Seit Einführung der Pflegeversicherung sinkt der Anteil der GeldleistungsnehmerInnen und steigt der Anteil der ambulanten und stationären Leistungen. Der steigende Anteil der Hochaltrigen, die damit verbundene Zunahme demenzieller Erkrankungen und die ungünstigen Veränderungen der Familienstruktur sprechen dafür, dass der Anteil der ambulant und stationär Versorgten weiter steigen wird. Ob der heutige prozentuale Anteil der stationär versorgten Pflegebedürftigen einfach fortgeschrieben werden kann, ist umstritten. Die Heimübersiedlung ist von vielen Faktoren abhängig, wenig beliebt und gilt als Ultima

ratio der Pflegeunterstützung. Gewünscht wird ein möglichst langes Verbleiben in der gewohnten Umgebung und der eigenen Wohnung.

Der bisher moderate Anstieg der stationär versorgten Pflegebedürftigen spiegelt auch ein verändertes Nutzungsverhalten. So ist der Anteil der Personen im Heim, die keine Pflegeeinstufung haben, in den letzten Jahren zurückgegangen, während sich der Anteil der Pflegebedürftigen in den Stufen II und III erhöht hat. Pflege im Heim ist zunehmend Pflege von Schwerstpflegebedürftigen und demenziell Erkrankten. Weitgehend unstrittig ist der Befund, dass das Pflegeheim in der bisherigen Praxis zu schnell, zu unreflektiert und teilweise unangemessen gewählt wird. Die Umsiedlung ins Pflegeheim ist nicht immer eine rationale Wahl nach Abwägung aller Möglichkeiten, sondern wird situativ als schnelle und umfassende Lösung gewählt.

Die Zukunft der Pflege könnte auch anders verlaufen. Unter der Annahme, dass die Politik die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit (Pflegezeitanspruch) verbessert und die ambulante Unterstützung der häuslichen Pflege konsequent ausgebaut wird, könnte es gelingen, den Anteil der stationär versorgten Pflegebedürftigen zu begrenzen.

Die folgende Grafik (Abb. 5) berücksichtigt diese mögliche Entwicklung, indem angenommen wird, dass durch eine verbesserte Prävention die Pflegebedürftigkeit bis 2035 um etwa zehn Prozent gesenkt werden kann und durch die verbesserte Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit zusammen mit einer ausgebauten und diversifizierten ambulanten Versorgungsstruktur ein längerer Verbleib in der eigenen Häuslichkeit möglich ist. Damit würde der Anteil der ausschließlich familiär versorgten Pflegebedürftigen nur leicht sinken und die stationäre Versorgung auf etwa 25 Prozent aller Pflegebedürftigen begrenzt.

Die Zahl der Pflegebedürftigen im Rhein-Pfalz-Kreis würde damit auf ca. 6.900 Personen ansteigen, der Anteil der ambulant Versorgten deutlich ansteigen, während sich die stationär Versorgten auf ca. 1.700 Personen begrenzen ließen. Der Bedarf an Pflegeheimplätzen für das Jahr 2020 wäre mit dem Angebot der heute schon bestehenden Pflegeheimplätze gedeckt. Eine entsprechende Entwicklung wird von den Pflegebedürftigen gewünscht und ist mit Blick auf die Lebensqualität und Teilhabe der Pflegebedürftigen ökonomisch wie ethisch anzustreben.

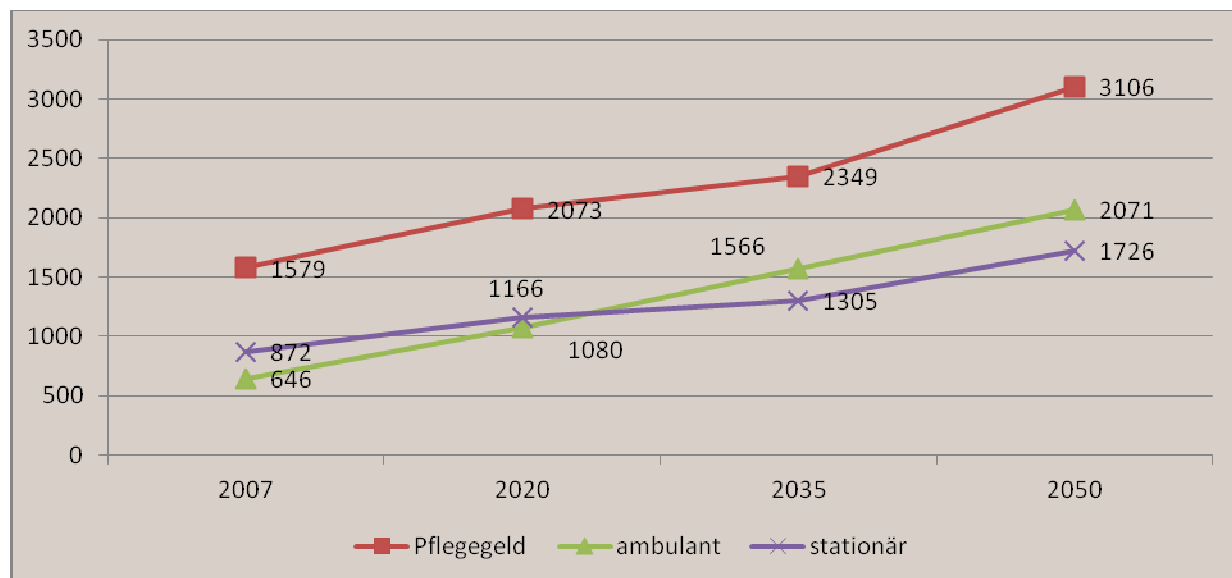


Abbildung 5: Entwicklung der Pflegebedürftigkeit bei verbesserter häuslicher Unterstützung

3 Situation der Pflege im Rhein-Pfalz-Kreis

Mit einer Pflegequote von 2,64 Prozent der Gesamtbevölkerung hat Rheinland-Pfalz nach Baden-Württemberg und Bayern die niedrigste Pflegequote. Die Ergebnisse des Pflegemonitorings für den Rhein-Pfalz-Kreis ergaben eine Pflegequote von 2,53 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung des Kreises.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse des Pflegemonitoring im Rhein-Pfalz-Kreis. Zum Zeitpunkt der Stichtagserhebung (15.12.2009) erhielten 3.560 Personen Leistungen aus der Pflegeversicherung. 1.593 Pflegebedürftige bezogen die Geldleistung und weitere 1.087 Pflegebedürftige Sach- bzw. Kombileistungen. Lediglich 15 Sachleistungsbezieher hatten dabei einen Wohnort außerhalb des Landkreises. Abbildung 6 zeigt die sich daraus ergebende prozentuale Verteilung.

Da sich nicht alle ambulanten Dienste und stationären Einrichtungen an der Befragung beteiligt haben, liegt die tatsächliche Anzahl der im Rhein-Pfalz-Kreis versorgten Pflegebedürftigen etwas höher.

Ergebnisse des Pflegemonitorings (Stichtag 15.12.2009)						
Pflegebedürftige im Rhein-Pfalz-Kreis						
Art der Leistung	Zuordnung	Gesamt	männlich	in Prozent	weiblich	in Prozent
Geldleistung		1.593	570	35,8	1023	64,2
Sach- und Kombileistung		1.087	360	33,1	727	66,9
	davon aus dem Kreis	1.072	354	33,0	718	67,0
	Nachbarregionen	15	6	40,0	9	60,0
Vollstat. Leistung		880	213	24,2	667	75,8
	davon aus dem Kreis	476	103	21,6	373	78,4
	Nachbarregionen	270	73	27,0	197	73,0
	entfernte Reg.	86	25	29,1	61	70,9
	ohne PLZ	48	12	25,0	36	75,0
Gesamt		3.560	1.143	32,1	2.417	67,9

Tabelle 1: Pflegebedürftige im Rhein-Pfalz-Kreis (eigene Berechnungen)

Addiert man zum Ergebnis des Pflegemonitorings die Plätze der beiden nichtbeteiligten Einrichtungen (55 und 70) und ca. 170 weitere ambulant versorgte Pflegebedürftige, dann bezogen am Stichtag ca. 3.860 Pflegebedürftige Leistungen der Pflegeversicherung. Ca. 1.260 Pflegebedürftige (32 Prozent) davon wurden ambulant betreut und ca. 1.000 Pflegebedürftige (26 Prozent) lebten in stationären Einrichtungen.

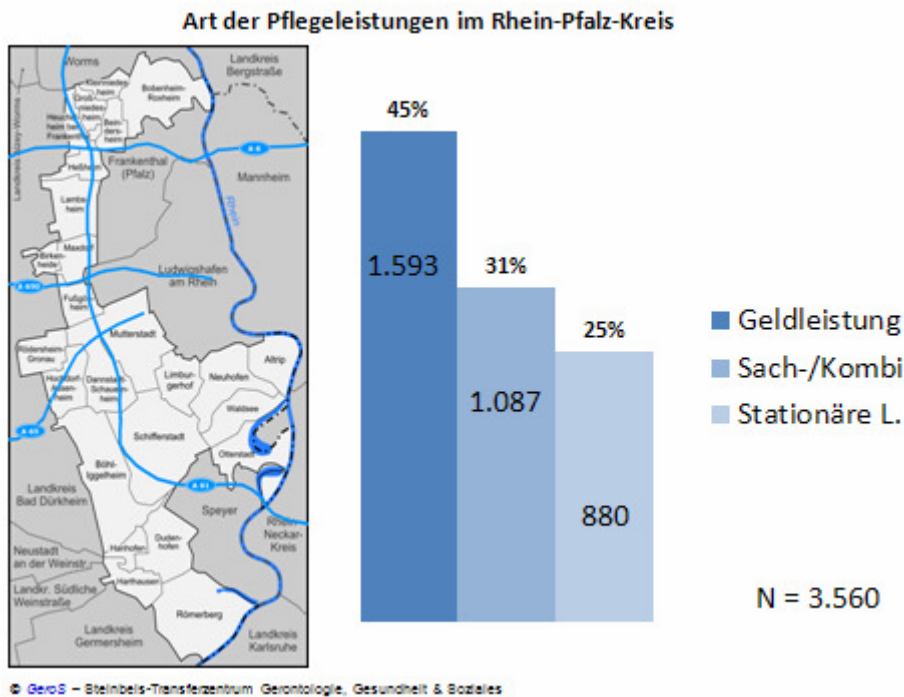


Abbildung 6: Leistungsarten im Rhein-Pfalz-Kreis (Ergebnisse des Pflegemonitoring)

In dieser differenzierten Betrachtung zeigen sich einige Unterschiede im Vergleich zu den Bundesergebnissen. Im Rhein-Pfalz-Kreis werden wesentlich mehr Sach- und Kombileistungen bezogen als im Bundesdurchschnitt. Fast alle Kunden der ambulanten Pflegedienste kommen dabei aus dem Rhein-Pfalz-Kreis.

Entgegen dem Trend in Ballungszentren liegt auch der Anteil der stationär versorgten Pflegebedürftigen unter dem Bundesdurchschnitt. Zu vermuten ist hier eine starke Wechselwirkung mit den Städten im Umland. Dies bestätigt sich beim Blick auf den letzten Wohnsitz, lediglich 476 Personen mit letztmaligem privatem Wohnsitz im Kreis werden auch in den Heimen des Kreises betreut. Vor allem Pflegebedürftige aus Ludwigshafen (140 Personen), Neustadt (48 Pers.) und entfernteren Regionen (86 Pers.) nutzen das Angebot im Kreis. In umgekehrter Richtung dürfte dies aber ebenfalls zutreffen. Vor allem Frankenthal und Speyer bieten deutlich mehr Pflegeheimplätze als der Bedarf der städtischen Bevölkerung erfordert.

3.1 Struktur der stationären Einrichtungen

Die Pflegeheime im Rhein-Pfalz-Kreis boten Ende 2009 insgesamt 1.049 Plätze. Mit dem neuen Lamundis-Stift in Lamsheim erhöhte sich die Platzzahl 2010 um 66 Plätze. Im September 2011 hat das Rhein-Pfalz-Stift der avendi Senioren Service GmbH in Waldsee

mit weiteren 85 Pflegeplätzen eröffnet. Eine weitere Kapazitätserweiterung um 18 Plätze ist mit dem Ersatzneubau der Johanniter in Kleinniedesheim (64 Plätze) zu erwarten. Die bisherige Einrichtung in Bobenheim-Roxheim (46 Plätze) soll geschlossen werden. Noch ungeklärt ist, ob in Bobenheim-Roxheim ein anderer Träger investiert. Innerhalb von nur zwei Jahren hat sich damit die Zahl der Plätze um 169 Plätze (16 Prozent) auf dann 1.218 Plätze erhöht. Mit dieser schon erheblichen Ausweitung der stationären Pflegeplätze scheint der Neubauprozess aber keinesfalls abgeschlossen zu sein. In Dannstadt-Schauernheim ist eine weitere stationäre Pflegeeinrichtung mit 80 Pflegeplätzen in der Vorplanungsphase. Daneben sollen in drei weiteren Gebäuden 18 Wohnungen und vier bis sechs Bungalows des Betreuten Wohnens realisiert werden.

STATIONÄRE EINRICHTUNGEN			
Einrichtung	Ort	Teilnahme an der Befragung	angebotene Plätze
Maximilian-Stift	Maxdorf	Ja	95
Seniorenresidenz St. Johannes	Schifferstadt	Ja	143
Seniorenzentrum Böhl-Iggelheim	Böhl-Iggelheim	Ja	97
Caritas Altenzentrum St. Bonifatius	Limburgerhof	Ja	152
Caritas Altenzentrum St. Matthias	Schifferstadt	Ja	110
Johanniter Haus Alten- und Pflegeheim	Bobenheim-Roxheim	Ja	46
Seniorenresidenz St. Sebastian	Dudenhofen	Ja	84
Pro Seniore Residenz	Mutterstadt	Ja	107
Pro Seniore Residenz	Neuhofen	Ja	90
Ev. Seniorenzentrum Römerberg	Römerberg	Nein	~55*
Ev. Pflegestift Waldparkresidenz Altrip	Altrip	Nein	~70*
<i>Lamundis-Stift</i>	<i>Lambsheim</i>	<i>Neu 2010</i>	66
<i>Rhein-Pfalz-Stift</i>	<i>Waldsee</i>	<i>Neu Sept. 2011</i>	85
Gesamt	Rhein-Pfalz-Kreis		1.200

*Zahlen laut MDK-Prüfung 2011/12

Tabelle 2: Stationäre Einrichtungen im Rhein-Pfalz-Kreis

538 Pflegeplätze werden in Einzelzimmern (45 Prozent) angeboten. Rechnet man dazu noch die Ein- und Zwei-Zimmer-Appartements des heimverbundenen betreuten Wohnens im Maximilian-Stift und den beiden Einrichtungen der Evang. Seniorenzentren in Altrip und Römerberg (126 Appartements) hinzu, ergibt sich ein Anteil von 55 Prozent. Als eingestreute Kurzzeitpflegeplätze werden 45 Plätze ausgewiesen.

Mit den beiden neuen Einrichtungen, dem Lamundis- und dem Rhein-Pfalz-Stift, verfügt der Rhein-Pfalz-Kreis nun auch über zwei Einrichtungen, die nach dem Wohngruppenprinzip konzipiert sind. Im Lamundis-Stift teilen sich dabei 11 Bewohnerinnen und Bewohnern in Einzelzimmern gemeinsame Aufenthaltsräume mit Küche, im Rhein-Pfalz-Stift ist die Gruppengröße nach dem gleichen Konzept mit 14 Personen konzipiert. Das neue Heim der Johanniter mit 64 Plätzen in Kleinniedesheim soll ebenfalls nach diesem Konzept gebaut und konzipiert werden.

Wechselwirkungen mit den Städten im Umland

Zur Heimplatzbelegung der Städte Speyer, Frankenthal und Ludwigshafen lagen keine verwertbaren Daten des Pflegemonitoring vor. Ersatzweise wurde deshalb das Angebot in den Städten des Umlandes mit den Prävalenzquoten für die stationäre Versorgung im Bundesdurchschnitt verglichen. Diese Methode zeigt, dass das Verhältnis zwischen Platzangebot und stationärem Bedarf im Rhein-Pfalz-Kreis in etwa ausgeglichen war. Mit den neuen Einrichtungen im Rhein-Pfalz-Kreis entstanden bzw. entstehen weitere 169 Pflegeplätze. Auch im Rhein-Pfalz-Kreis wird damit ein rechnerisches Überangebot entstehen. Ein deutliches Überangebot, bezogen auf die Stadtbevölkerung, zeigt sich in den Städten Frankenthal (+ 305), Speyer (+ 337) und Ludwigshafen (+ 166). Die Städte übernehmen damit eine Versorgungsfunktion für das Umland. Insgesamt summiert sich nach dieser Methodik das Mehrangebot auf ca. 900 Pflegeheimplätze. Auf Grund dieser Analyse ist es sehr wahrscheinlich, dass im Zuge des Neuangebotes die Auslastungsquote der Einrichtungen zurückgehen wird. In der Befragung der Pflegeheimträger kam dies auch zum Ausdruck. Die Analyse macht deutlich, dass Einzelentscheidungen für den Neubau einer Pflegeeinrichtung dringend eine Analyse des Gesamtangebotes in der Region erfordern. Angesichts der Zahlen sind auf absehbare Zeit wohl nur Ersatzinvestitionen zu vertreten. Gerade im ländlichen Raum mit vielen kleineren Kommunen sollte bei der Entscheidung für eine stationäre Einrichtung der subregionale Bedarf beachtet werden.

Pflegebedarf und Heimplatzangebot auf Basis der Pflegeprävalenzen								
Art	Name	PLZ	Versorg. Region	Bev 60+	PB ges. (1)	PB stat. (2)	Heim- plätze	Anmerk.
Stadt	Schifferstadt	67105	Ost	5.016	483	149	253	
Ver.frei	Altrip	67122	Ost	2.128	193	59	70	
Ver.frei	Bobenheim-Roxheim	67240	Nord	2.776	255	78	46	
Ver.frei	Böhl-Iggelheim	67450	West	3.108	282	86	97	
Ver.frei	Lambsheim	67245	Nord	1.692	159	49	66	neu/ 6 WG
Ver.frei	Limburgerhof	67117	Ost	3.228	344	108	152	
Ver.frei	Mutterstadt	67112	West	3.685	330	101	107	
Ver.frei	Neuhofen	67141	Ost	2.300	226	70	90	
Ver.frei	Römerberg	67354	Süd	2.187	198	61	55	
VG	Dannstadt-Schauernsh.	67125	West	3.474	290	89		
VG	Dudenhofen	67373	Süd	2.796	240	73	84	
VG	Heßheim	67258	Nord	2.712	225	68		
VG	Maxdorf	67133	Nord	3.457	312	95	95	
VG	Waldsee	67165	Ost	2.157	198	61	85	neu 2011
	Rhein-Pfalz-Kreis			40.716	3.736	1.147	1.200	53
extern	Frankenthal	67227		5.736	478	146	451	305
extern	Worms	67547		20.487	2.023	626	663	37
extern	Speyer			13.151	1.296	401	738	337
extern	Ludwigsh.			40.716	3.736	1.147	1313	166
	Regio gesamt			120.806	11.269	3.467	4.365	898
(1)	Pflegebedürftige nach differenzierten Altersquoten (Bundesdurchschnitt)							
(2)	Stationär versorgte Pflegebedürftige nach differenzierten Alterquoten (Bundesdurchschnitt)							

Tabelle 3: Pflegeplatzbedarf und Heimplatzangebot in der Region.

3.2 Teilstationäre Angebote (Tagespflege)

Mit insgesamt 45 Tagespflegeplätzen ist das Angebot im Rhein-Pfalz-Kreis für einen Landkreis gut ausgebaut. Insbesondere da auch in den umliegenden Städten Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer Tagespflege angeboten wird.

Tagespflege im Rhein-Pfalz-Kreis					
Einrichtung	Träger	Plätze eingestreut	separater Tagespflegebereich	Platzzahl	Sonstiges
Waldparkresidenz Altrip	Ev. Altenhilfe Ludwigshafen	ja	nein	unterschiedlich, nicht festgelegt	Nachfrage sehr gering, im Durchschnitt 1 Gast pro Jahr
Johanniter-Haus Bobenheim-Roxheim	Die Johanniter	ja	nein	durchgehend 2-3 Personen	immer Plätze frei; 1 Raum zum zurückziehen, aber die meisten wollen das gar nicht
Seniorenzentrum Böhl-Iggelheim	Seniorenzentrum Böhl-Iggelheim GmbH	nein	ja	15 Plätze täglich	gut ausgelastet, derzeit 40 Personen, die regelmäßig kommen
Seniorenresidenz Sankt Sebastian Dudenhofen	Unternehmensgruppe Incura	ja	nein	7 Plätze täglich	z.Zt. 3 feste Gäste an unterschiedl. Tagen. Es sind noch Kapazitäten
Caritas Altenzentrum St. Bonifatius Limburgerhof	Caritas Verband	nein	ja	15 Plätze täglich	z.Zt. 23 Personen an unterschiedl. Tagen, noch Kapazitäten frei
Maximilianstift Maxdorf	Wohnstift Betriebsgesellschaft mbH	nein	ja	15 Plätze täglich	ca. 8-15 Gäste täglich, Auslastung ca. 80 %
Rhein-Pfalz-Stift Waldsee	avendi Senioren Service	nach Konzept vorgesehen			erst zum 01.09.11 in Betrieb gegangen evtl. später auch Tagespflege

Tabelle 4: Tagespflege im Rhein-Pfalz-Kreis

Seit in Krafttreten der des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes 2008 können Pflegebedürftige bei Inanspruchnahme der Sachleistung insgesamt 150 Prozent des Sachleistungsbetrages nach § 36 SGB XI abrechnen bzw. das volle Pflegegeld nach § 37 SGB XI beziehen sofern die Tagespflegeleistungen nicht mehr als 50 Prozent des Sachleistungsbetrages betragen.

Dies gilt allerdings nur für Einrichtungen, die als Tagespflegeeinrichtungen nach dem Rahmenvertrag (§ 75 SGB XI) zugelassen sind. Eingestreuete Tagespflegeplätze fallen nicht unter diese Regelung. Aus diesem Grund sind eingestreuete Tagespflegeplätze mit den Tagespflegeplätzen unter den Bedingungen des Rahmenvertrages nicht gleichzusetzen.

3.3 Struktur der ambulanten Pflege

Die Struktur der Pflegedienste ist deutlich von den Ökumenischen Sozialstationen geprägt. Sie verfügen über einen Marktanteil von annähernd 90 Prozent und haben damit eine marktdominante Stellung. Das Angebot der Leistungen konzentriert sich im Wesentlichen auf die Leistungen des SGB V (Grundpflege und häusliche Krankenpflege) und SGB XI. Mit Ausnahme des spezialisierten Pflegedienstes Intakt bieten alle Pflegedienste hauswirtschaftliche Hilfen. Die ökumenischen Sozialstationen sind darüber hinaus alle Träger der Beratungs- und Koordinierungsstellen (BeKos) und bieten Pflegeberatung im Rahmen der Pflegestützpunkte an (vgl. Tab. 5).

AMBULANTE DIENSTE			
Dienst	Ort	Teilnahme an der Befragung	Klienten
Ökumenische Sozialstation Böhl-Iggelheim	Hochdorf-Assenheim	Ja	152
Ökumenische Sozialstation Lamsheim	Lamsheim	Ja	185
Ökumenische Sozialstation Limburgerhof	Limburgerhof	Ja	560
Ökumenische Sozialstation Schifferstadt	Schifferstadt	Ja	153
Pflegedienst INTAKT	Limburgerhof	Ja	14
Ambulanter Pflegedienst Heil	Schifferstadt	Ja	23
Freie Sozialstation Bobenheim-Roxheim	Bobenheim-Roxheim	Ja/ Monitoring nein	20
Ambulanter Pflegedienst Bo-Ro Pflege	Bobenheim-Roxheim	Nein	~65*
Ambulanter Pflegedienst Wehner	Böhl-Iggelheim	Nein	~21*
Ambulanter Pflegedienst Seniorenzentrum	Böhl-Iggelheim	Nein	~20*
Ambulanter Pflegedienst „Wir pflegen mit Herz“	Großniedesheim	Nein	~27**
Ambulanter Pflegedienst Pflege Mobil*	Römerberg	Nein	~27
Ambulante Krankenpflege & Sozialdienst „Leingang“	Dudenhofen	Nein	~27**
Gesamt	Rhein-Pfalz-Kreis		1.294

*Zahlen laut MDK-Prüfung; ** geschätzt

Tabelle 5: Liste der Ambulanten Pflegedienste

3.4 Betreutes Wohnen

Das Betreute Wohnen im Rhein-Pfalz-Kreis wird überwiegend heimverbunden angeboten. Sollte die Planung des Pflegeheimes mit Betreutem Wohnen in Dannstadt-Schauernheim realisiert werden, werden zu dem hier berichteten Angebot weitere 18 Wohnungen und sechs Bungalows hinzukommen.

Altrip verfügt darüber hinaus mit der Wohnanlage in der Ludwigsstraße über 16 barrierefreie Wohnungen ohne Betreuung und Gemeinschaftsräume.

Betreutes Wohnen im Rhein-Pfalz-Kreis			
Stadt	Name	Wohneinheiten	Service
Altrip	Ev. Wohn- u. Pflegestift	26 Ein-Zimmer-App. 6 Zwei-Zimmer-App.	Hausnotruf heimverbunden Wahlleistungen
	Wohnanlage Ludwigsstr.	16 Barrierefreie Wohnungen	kein Service
Böhl-Iggelheim	Seniorenzentrum	16 Zwei-Zimmer-App.	Hausnotruf Gemeinschaftsräume Wahlleistungen Vermittlung ärztl. Hilfen Sprechstunden
Dudenhofen	Seniorenresidenz Sankt Sebastian	15 Ein- und Zwei-Zimmer-App. 25 - 60 qm	Hausnotruf heimverbunden Wahlleistungen
Limburgerhof	Seniorenresidenz St. Bonifatius	27 Eigentumswohnungen	Hausnotruf heimverbunden Wahlleistungen
	Wohnanlage Mainstraße	38 seniorengerechte Wohnungen 50 - 70 qm	Hausnotruf Gemeinschaftsräume Sprechstunden Pflegedienst im Haus
Mutterstadt	Pro Seniore Residenz	15 Ein- und Zwei-Zimmer-App. 30 - 70 qm	Hausnotruf heimverbunden Wahlleistungen
Neuhofen	Pro Seniore Residenz	70 Ein-, Zwei- od. Drei-Zimmer-App.	Hausnotruf heimverbunden Wahlleistungen
Maxdorf	Wohnanlage Speyerer Straße	30 seniorengerechte Wohnungen	Hausnotruf Gemeinschaftsräume
	Wohnanlage Hauptstraße (wird zur Zeit errichtet)	12 seniorengerechte Wohnungen	Hausnotruf Gemeinschaftsräume
Lambsheim	Lamundis-Stift	40 Wohnungen (2-5 Zimmer)	Hausnotruf Wahlleistungen des Lamundis-Stiftes

Tabelle 6: Liste der Anlagen des Betreuten Wohnens

3.5 Angebote des Bürgerschaftlichen Engagements

Die Förderung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Bewältigung des demografischen Wandels wird eine veränderte Solidaritätsstruktur erfordern. Inzwischen haben sich zahlreiche Initiativen und kommunale Vereinigungen gebildet. Sowohl für die

Initiierung als auch für die Förderung verschiedener Ansätze liegen vielfältige Beispiele vor (zur Bedeutung vgl. Schulz-Nieswandt & Köstler 2011). Sowohl die Bundes- wie die Landespolitik hat das Thema aufgegriffen und gefördert.

Im Bereich der Senioren und der Hilfen bei Pflegebedürftigkeit geht es im Kern um ein neues Verständnis zwischen professionellen Hilfen und freiwillig erbrachten Leistungen. Ziel und Zweck ist nicht der Ersatz des Einen durch das Andere, sondern eine Haltung der Koproduktion, die pflegerische professionelle Leistungen mit solidarischen Beiträgen der Teil-habe am gesellschaftlichen Leben verbindet. Familiäre, nachbarschaftliche und professionelle Leistungen ergänzen sich und tragen zu einem Hilfe- und Unterstützungsmix bei.

Zum Auftrag der Pflegestrukturplanung im Rhein-Pfalz-Kreis zählte deshalb auch eine Recherche zum bürgerschaftlichen Engagement und dem Ehrenamt. Recherchieren ließen sich verschiedene Initiativen, die in ihren Ansätzen und ihrer Entwicklung unterschiedliche Wurzeln und Motive zeigten. Die folgende Liste (vgl. Tab. 7) erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da bisher keine strukturierte Sammlung der Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements vorliegt. Die Informationen stammen aus Broschüren, Seniorenwegweisern und Anregungen von Dritten. Bezogen auf den Landkreis haben sich im südlichen Raum mehr Initiativen gegründet als im nördlichen Teil. Kommunen mit Konzepten der Förderungen stehen neben Kommunen, in denen das Seniorenengagement bisher weniger beachtet wird.

Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Senioren im Rhein-Pfalz-Kreis

Bobenheim-Roxheim	Ökumenischer Krankenpflegeverein e.V. Netzwerk 55+ (Demenzgottesdienst) Gemeinsam für Menschen mit Demenz
Böhl-Iggelheim	Krankenbesuchsdienst Seniorenclub Schwarzweiherhof e. V. 1975 Seniorenbeirat Böhl-Iggelheim Caritasausschuss der Pfarrei St. Simon und Juda
Dannstadt- Schauernheim	Seniorenarbeit der VG Dannstadt-Schauerheim
Dudenhofen	Caritasausschuss der Pfarrei St.Gangolf
Heßheim	Seniorenbeirat der VG Heßheim
Limburgerhof	Nachbarschaftshilfe Sozialstation Limburgerhof Ökumenischer Besuchskreis
Maxdorf	Nachbarn helfen Nachbarn Seniorenclub „Sonniger Herbst“ Seniorenbeirat der VG Maxdorf
Mutterstadt	St. Elisabethenverein e.V. Bürgerstiftung Mutterstadt
Neuhofen	Seniorenclub „Sonniger Herbst e.V.“
Otterstadt	Malteser Speyer
Schifferstadt	Ökumenische Nachbarschaftshilfe

Römerberg

Nachbarschaftshilfe Römerberg

Tabelle 7: Liste der Initiativen im Rhein-Pfalz-Kreis

Zu den hier aufgezählten Initiativen, Vereinen und Organisationen kommen vermutlich noch einige (kleinere) Aktivitäten der Kirchengemeinden, die nicht den Anspruch auf organisierte Hilfe stellen.

Neben der Sammlung der Aktivitäten im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements im Rhein-Pfalz-Kreis wurden von GeroS vier Interviews mit langjährig Engagierten geführt. Die Zusammenfassungen dieser Interviews sind im Anhang beigefügt.

Diese Interviews verdeutlichen, dass in der Vergangenheit der Weg zum bürgerschaftlichen Engagement eher zufällig gefunden wurde und stark von der Persönlichkeit der engagierten Personen abhängig war. Einhellig berichtet wurde aber auch von der Bedeutung, die das Engagement für den eigenen Lebensweg hatte und welcher weitere Weg bis zur heutigen Struktur zurück zu legen war.

Der Schwerpunkt der bisherigen Unterstützungen von Pflegebedürftigen und ihren Familien liegt bei den Nachbarschaftshilfen. Die Organisation dieser Nachbarschaftshilfen ist dabei unterschiedlich. So werden die Leistungen ehrenamtlich, gegen geringe Aufwandsentschädigung oder als Stundensatz erbracht.

Ebenfalls sehr unterschiedlich sind die Intensität und die Verbindlichkeit der Leistungserbringung. Sie reicht von Einzelleistungen bis zu regenmäßigen, verlässlichen Einsätzen mit hauswirtschaftlichen Diensten. Die Leistungsunterschiede sind einerseits mit dem Alter der Helferinnen und Helfer zu begründen und andererseits mit der Bezahlung verbunden. Jüngere Helferinnen und Helfer die regelmäßig und verlässlich zu Hilfeleistungen bereit sind, können besser mit einer Stundenentlohnung gewonnen werden. Dieses Prinzip gilt zwar nicht generell, auch manche ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer leisten dauerhafte personenbezogene und verlässliche Hilfen und dies schon seit Jahren, aber eine Stundenentlohnung der Hilfen erweitert und stabilisiert das Angebot.

Nachbarschaftshilfen im Rhein-Pfalz-Kreis

Nr.	Name	Stadt	Zahl der HelferInnen	Leistungsvergütung	Leistungserbringer	Art der Bezahlung
1.	Nachbarschaftshilfe Böhl-Iggelheim	Böhl-Iggelheim	ca. 40	nach Vereinbarung	Ab ca. 30 Jahren	Keine Angaben
2.	Ökumenische Sozialstation	Limburgerhof	ca. 33	9,50 €/Std.	Meist Frauen ab 45 Jahren	Aufwandsentschädigung Minijob
3.	Ökumenischer Besuchsdienst	Limburgerhof	Nur noch Wenige	Ehrenamtlich	Meist über 70 Jahre	keine
4.	Nachbarn helfen Nachbarn	Maxdorf	ca. 25	Ehrenamtlich Gegenseitigkeitsprinzip	Meist Frühpensionäre	Punktesystem 1 Bifumax/ 1/2 Std.
5.	Ökumenische Nachbarschaftshilfe	Schifferstadt	ca. 34	ehrenamtlich	Ab 60 Jahre Älteste 91 J.	keine
6.	Nachbarschaftshilfe Römerberg	Römerberg	ca. 15	5 € /Std.	ab 17 Jahre	Aufwandsentschädigung

Tabelle 8: Liste der Nachbarschaftshilfen

Die ökumenischen Sozialstationen werden teilweise von Krankenpflegevereinen unterstützt. Sie übernehmen aus Mitgliedsbeiträgen einmalige Investitionen der Sozialstationen und bieten den Mitgliedern vergünstigte Pflegeleistungen. Krankenpflegevereine bestehen in Limburgerhof, Neustadt, Mutterstadt und Schifferstadt.

Limburgerhof verfügt mit dem Mehrgenerationenhaus seit neuerem über ein Zentrum für die bürgerschaftlichen Aktivitäten und in Maxdorf existiert schon seit 1977 eine Bürgerstiftung und wird das „Haus der Begegnung“ gefördert.

In allen Verbandsgemeinden und Städten des Rhein-Pfalz-Kreises werden im Rahmen der offenen Altenhilfe zudem Seniorennachmittage, Ausflüge und teilweise auch Seniorenreisen angeboten. Überwiegend wird diese Arbeit von Ehrenamtlichen geleistet, die teilweise von Gemeindebediensteten unterstützt werden. Der Endbericht bietet gegliedert nach Gemeinden und Städten einen Überblick dieses Angebotes.

4 Der kommunalpolitische Workshop

Im Rahmen des Projektes zur Pflegestrukturplanung wurde am 14. April 2011 ein kommunalpolitischer Workshop zum Thema „Wohnen und Pflege im Alter“ angeboten. Das Programm, der Verlauf und die Ergebnisse sind im Endbericht aufgeführt und auch separat erhältlich. An dieser Stelle erfolgt deshalb nur eine kurze Zusammenfassung.

Mit 29 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der kommunalpolitische Workshop gut angenommen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiteten in drei Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Alltagsversorgung und haushaltsnahe Hilfen
- Haushaltsstruktur und Wohnen
- Partizipation und Teilhabe

zunächst eine Problemanalyse, auf der aufbauend Handlungsperspektiven und Lösungsansätze entwickelt wurden.

Die Lösungsansätze zeigten, dass die Themen nur im Kontext einer integrierten, generationsübergreifenden Kommunalpolitik bearbeitet werden können und eine Politik der kleinen Schritte erforderlich ist. Zu den stärksten und konsensfähigsten Handlungsansätzen zählten: die Bedarfe von Senioren und Pflegebedürftigen stärker bei der Dorfkernerneuerung und der Wohnungsbaupolitik zu berücksichtigen, etwa wenn bei der Neugestaltung öffentlicher Plätze und bei Bauvorhaben auf Barrierefreiheit und altersgerechtes Bauen geachtet wird.

Im Bereich der Engagementförderung wurde deutlich, dass die Kommunen in der Vereinsförderung traditionell stark engagiert sind und angesichts der begrenzten Haushaltsmittel eine Umschichtung erforderlich wäre, dies aber nur im intensiven Dialog mit den Bürgern um die Bedeutung der Gemeingüter und deren Priorisierung zu erreichen ist. Die Praxis der öffentlichen Förderung folgt hier eher gewachsenen Strukturen als grundsätzlichen Prinzipien.

5 Handlungsempfehlungen

Der Rhein-Pfalz-Kreis zeigt einige Besonderheiten hinsichtlich der Pflegeversorgung. Der vergleichsweise geringe Anteil der Geldleistung an den Gesamtleistungen und der hohe Anteil von ambulanten Sach- und Kombileistungen lassen darauf schließen, dass die familiäre Unterstützung bisher weitgehend gewährleistet ist.

Die Sicherstellung der Pflege und Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger lässt sich nicht alleine mit stationären, institutionellen Lösungen erreichen. Eine zukunftsfähige kommunale Infrastruktur sollte zu förderst den Erhalt der eigenen Häuslichkeit und des Umfeldes in den Blick nehmen. Gemischte Pflegearrangements mit professionellen Pflegeleistungen, hauswirtschaftlichen und betreuenden Hilfen und Beiträgen des bürgerschaftlichen Engagements unterstützen bisherige Lebensentwürfe und mindern die Notwendigkeit einer Heimübersiedlung. Der hohe Anteil an ambulant betreuten Pflegebedürftigen zeigt, dass dieser Weg von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen auch angenommen und gewünscht wird. Die hierfür notwendige Infrastruktur ist aber nur teilweise vorhanden und sollte ausgebaut werden. Den Kommunen wächst in diesem Kontext eine neue Rolle der Eigenverantwortung zu.

Bisher werden von den ambulanten Diensten nur vereinzelt Leistungen angeboten, die nicht über die Pflegeversicherung abgerechnet werden. Quartiersnahe, günstige Betreuungsleistungen zur Entlastung der Familien und Ehepartner werden bisher lediglich in einigen Kommunen von Nachbarschaftshilfen erbracht. Günstige betreuende und hauswirtschaftliche Leistungen, die über Aufwandsentschädigung oder Minijobs abgewickelt werden, sollten in jeder Kommune zur Verfügung stehen. Als Träger und Organisatoren dieser Leistungen kämen die Ökumenischen Sozialstationen oder kommunale Bürgervereine in Frage. Entsprechende Beispiele finden sich in verschiedenen Kommunen der Bundesrepublik (z.B. Eichstetten a. Kaiserstuhl). Für entsprechende Initiativen hat der Landesgesetzgeber im LPflegeASG die regionalen Pflegekonferenzen (§ 4 LPflegeASG) vorgesehen. Die Einbindung der regionalen Pflegekonferenz ist daher anzustreben.

Die Teilhabe von Pflegebedürftigen und hier speziell von Menschen mit Demenz lässt sich über kommunale Angebote in den Ortsgemeinden verbessern. Seit dem Pflegeentwicklungs-gesetz haben Pflegebedürftige mit eingeschränkter Alltagskompetenz (PEA) einen Anspruch auf Betreuungsleistungen. Mit diesen Mitteln lassen sich Tagesangebote in den Ortskommunen realisieren. Im Rhein-Pfalz-Kreis wird diese Möglichkeit bisher nur in Limburgerhof realisiert und ausgeschöpft. Gruppenangebote zur Tagesstrukturierung und Entlastung der Angehörigen sollten in jeder Verbandsgemeinde angeboten werden. Die Leistungen der Pflegeversicherung (§ 45b SGB XI) bieten eine solide Finanzierungsbasis dieser Angebote. Die Kommunen müssen lediglich die erforderlichen Räumlichkeiten bereitstellen.

Bisher sind die Investitionen im stationären Bereich zwischen den Kommunen und Trägern nicht koordiniert. Angesichts des ausreichenden Heimplatzangebotes im Kreis und dem Überangebot in den Städten des Umlandes werden weitere Neuinvestitionen zu sinkenden Auslastquoten führen. Verdrängungsprozesse und Insolvenzen von Pflegeheimen sind nicht ausgeschlossen. Mit dem neuen Pflegemonitoring lässt sich die Zahl der Pflegebedürftigen

in einem Postleitzahlenbezirk nach Alter, Geschlecht, Pflegestufe und Leistungsform differenzieren. Den Kommunen stehen damit Daten zur Verfügung, um den kommunalen Bedarf einzuschätzen. Pflegeheime sind für den Bedarf kleinerer Gemeinden deutlich überdimensioniert. Alternativen bieten sich in Form von ambulant geführten Wohngruppen für 10 - 12 Pflegebedürftige. Eine verbesserte Koordination der kreisangehörigen Kommunen in den Fragen zur Infrastrukturentwicklung ist erforderlich. Hierfür wird empfohlen eine Koordinierungsstelle bei der Kreisverwaltung anzusiedeln. Mittelfristig sollte diese Koordination auch mit den Städten Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und Worms angestrebt werden.

Kleinere Einheiten der stationären Versorgung und Alternativen wie die ambulant geführten und bürgerschaftlich unterstützten Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf sollten im Sinne einer ortsnahen, lebensweltorientierten Versorgung stärker in den Fokus rücken.

Die heutige Siedlungsstruktur und architektonische Gestaltung der öffentlichen Räume entspricht den künftigen Bedarfen nur unzureichend. Bauliche Maßnahmen etwa im Kontext der Dorferneuerung sollten sich künftig an den Kriterien barrierefreier Architektur orientieren. Ohnehin erforderliche und geplante bauliche Maßnahmen können darüber hinaus zum Anlass genommen werden, die Bürgerinnen und Bürgern in Beteiligungsprozessen an den Entscheidungen zu beteiligen. Anzustreben sind barrierefreie öffentliche Räume, gemeinschaftliche Wohnprojekte und der Erhalt fußläufig erreichbarer Angebote der Alltagsversorgung. Die Bau- und Bauleitplanung sollte sich dabei nicht nur auf die öffentlichen Bauvorhaben beschränken, sondern die private Bauwirtschaft aktiv in den Strukturveränderungsprozess für mehr Barrierefreiheit einbeziehen.

Studien und zahlreiche Projekte haben gezeigt, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Selbsthilfe vorhanden ist, die Weiterentwicklung aber verlässliche und tragfähige Strukturen der Koordination und Organisation erfordert. Die kommunale Pflegepolitik sollte dabei an gewachsene identitätsstiftende Strukturen der Nachbarschaft (Quartier) und der Vereine anknüpfen.

Im Rhein-Pfalz-Kreis fehlt bisher eine Koordination und Förderung des freiwilligen Engagements. Die Interviews mit Engagierten zeigen, dass die bestehenden Initiativen weitgehend auf dem individuellen Engagement Einzelner beruhen. Mit der Koordinierungsstelle sollte das Bürgerengagement in strukturierter Weise gefördert und die Zusammenarbeit mit den BeKo-Stellen und den Pflegestützpunkten ausgebaut werden.

Die gewachsenen Strukturen öffentlicher Förderung des Gemeinwohls (Sport- Kultur- und Sozialförderung) entsprechen nicht in jeglicher Hinsicht den Herausforderungen der Zukunft. Vereine und Institutionen werden sich veränderten Bedürfnissen anpassen müssen. Im einen oder anderen Fall wird dies auch eine neue Priorisierung der kommunalen Förderungen notwendig machen.

Bürgerstiftungen und soziale Bürgervereine, die eng mit den ambulanten Diensten und den Kirchengemeinden zusammen arbeiten, haben sich als Träger der kommunalen Organisationsaufgaben bewährt. Über sie lassen sich bürgerschaftliche Aktivitäten und niederschwellige Leistungen auf Aufwands- oder Minijobbasis organisieren.